A1 Präambel

Antragsteller*in: Tobias Eichelbrönner (KV Bad Kissingen)

Text

Eine Politik des Zuhörens und Erklärens

Nirgends ist die Politik den Menschen näher als in der Kommunapolitik. Alles Wirken und alle Entscheidungen in den Stadt- oder Gemeinderäten oder im Kreistag betreffen das unmittelbare Lebensumfeld.

Wir haben in einer Reihe von Veranstaltungen zur Vorbereitung der Kommunalwahl in Hammelburg, Bad Kissingen, Bad Bocklet, Bad Brückenau, Maßbach und vielen Gesprächen mit Bürgern im ganzen Landkreis einen fast gegenteiligen Eindruck davon gewonnen. Gerade engagierte Menschen fühlen eine Distanz zu den Entscheidungen in Politik und Verwaltung. Verfahren werden als kompliziert wahrgenommen, Informationen oder gar eine Beteiligung sind oft nur über unnötige Barrieren zu erreichen. Selbst Mitglieder in den Räten sind verunsichert, wenn sie Informationen offen mit Außenstehenden teilen, ob sie dabei nicht Kolleginnen und Kollegen oder die Verwaltung über- oder sogar hintergehen. Der oft gelebte Konsens in der Kommunalpolitik ist richtig, solange er keine wichtigen Debatten verhindert.

Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode eine bestimmte politische Kultur pflegen: Wir wollen den Menschen zuhören und unsere Politik transparent erklären. Diese Haltung und Bereitschaft erwarten wir auch von unseren Vertreterinnen und Vertretern in den Kommunalparlamenten.

Transparenz braucht einen formalen Rahmen und eine gelebte Praxis

Die Bayerische Gemeindeordnung ist an sich ein sehr guten Rahmen für transparente Politik. Leider sieht der politische Alltag oft anders aus. Sitzungen werden viel zu selten zum öffentlichen Austausch verschiedener Positionen verwendet. Gerade der eigentliche Prozess der Meinungsbildung wird oft aus den öffentlichen Teilen herausgelassen.

Wir wollen daher konsequent:

- Niederschwellige und zeitnahe Angebote von Tagesordnungen, Sitzungsprotokollen und anderen wichtigen Informationen
- Raum für Debatten in den öffentlichen Sitzungsteilen schaffen
- Niederschwellige und zeitnahe Angebote von Sitzungsprotokollen, Tagesordnungen und anderen wichtigen Informationen
- Debatten nur dann nicht-öffentlich führen, wo es rechtlich nicht anders möglich ist
- Informelle Absprachen (z.B. in interfraktionellen Gesprächen) auf ein Minimum reduzieren

Eine offene politische Kultur ist eine Chance für alle

Die Menschen in unseren Gemeinden sind Expertinnen und Experten für ihr Lebensumfeld. Eine Kommunalpolitik, die sich den Menschen ohne eigenes Mandat öffnet, wird von deren Rückmeldungen und Ideen profitieren. Eine Politik, die ihre Entscheidungen und schon den Weg zur Entscheidungsfindung transparent erklären kann, wird auf ein höheres Maß an Vertrauen und Verständnis in der Bevölkerung stoßen.

Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wollen daher auch in der kommenden Wahlperiode:

- … stets für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar sein. Wir wollen über verschiedene Kanäle erreichbar sein. Dem einen liegt dabei mehr der Kontakt per E-Mail oder Telefon, der anderen das direkte Gespräch auf der Straße oder über die Sozialen Medien.
- … wichtige Informationen zur Verfügung stellen, Entscheidungsprozesse transparent machen und getroffene Entscheidungen erklären können, z.B. über unsere Onlinemedien, in eigenen Veranstaltungen und über die Presse.
- … in den Kommunalparlamenten öffentlich Debatten führen, die für die Kreis-, Stadt- und Ortsgesellschaft relevant sind, auch stellvertretend für die Teile der Bevölkerung, deren Anliegen in manchen Räten vielleicht zu kurz kommen.
- … nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden. Unsere Fraktionen unterliegen keinem Zwang einheitlich abzustimmen. Wir erwarten allerdings von allen unsere MandatsträgerInnen, wichtige Entscheidungen auch öffentlich begründen zu können.
- … uns nicht von vermeintlichen Zeit- oder Sachzwängen aus der Ruhe bringen lassen. Maßgebend für unsere Politik ist allein die besten Entscheidungen für unseren Landkreis und seine Kommunen.

Selbstbewusste Kommune

Unsere Gemeinden und unser Landkreis sind lebendig, stark und lebenswert. Wir sind eigenständig und weitaus mehr als Anhängsel von Großstadträumen. Die aus allen Nähten platzenden Ballungsgebiete sind auf starke und attraktive Räume angewiesen, wenn sie Ihre Probleme in den Griff bekommen wollen. Die Wohnungsnot und das Verkehrschaos in den Städten wird sich nicht dort lösen lassen. So viele neue Stammstrecken können wir in München gar nicht in den Boden legen.

Diese Selbstbewusstsein muss sich auch in Kommunalpolitik und unserem Auftreten gegen übergeordnete Politik- und Verwaltungsebenen widerspiegeln.

Unsere Kommunalpolitik kann mehr als in Kameras lächeln wenn VertreterInnen von Regierungsparteien aus Bund und Land als großzügig bezahlte Postbotinnen und Postboten Förderbescheide überreichen als wäre es ihr eigenes Geld.

Unsere politischen Entscheidungen müssen davon geprägt werden, mit welchen Konzepten wir vor Ort unser Lebensumfeld gestalten wollen – nicht von Förderrichtleinen aus Berlin oder München.

Wir wollen

- Die Bedürfnisse auf dem Land selbstbewusst nach außen Vertreten
- Keine Politik an Förderrichtlinien ausrichten
- Mehr konzeptionelle Expertise vor Ort, in den Verwaltungen in der Kommunalpolitik und wenn nötig auch durch Externe schaffen